

CDU: Keine Energie-Experimente!

Konservative wollen keine Strom- und Gasnetze in Staatshand - und stellen sich damit gegen die SPD

VON THOMAS ROGALLA

Die CDU-Fraktion hat bei ihrer Klausur am Wochenende eine Position in wichtigen Fragen der Energiepolitik bezogen – und sich klar gegen den Koalitionspartner SPD gestellt. Bei der Frage, wer künftig über die Versorgungsnetze für Strom und Gas verfügen soll, setzen die Sozialdemokraten darauf, die Netze möglichst wieder in staatliche Hand zu überführen. Derzeit werden sie von den Unternehmen Vattenfall und Gasag auf Grundlage einer staatlichen Konzession betrieben.

Die CDU-Fraktion beschloss dagegen, auch künftig auf direkte staatliche Beteiligung an den Netzen zu verzichten. Das verschuldete Land Berlin habe zum einen kein Geld, um in diesem Bereich unternehmerisches Risiko zu übernehmen, heißt es in dem Beschluss der Fraktion. Und „ohne privates Kapital auch im Bereich der Netze ist die Energiewende nicht zu stemmen“. Zum anderen könne man die energiepolitischen Ziele der Koalition auch auf anderem Wege erreichen als durch eine Rekommunalisierung, etwa über den Aufsichtsrat.

Die CDU hat dabei die derzeit laufende Neuausschreibung der Konzessionen im Blick, die 2013/2014 auslaufen. Sie will die gute Verhandlungsposition Berlins nutzen und Konzessionen nur an einen privaten Betreiber vergeben, der eine ganze Reihe von energiepolitischen Vorgaben einhält. CDU-Fraktionschef Florian Graf teilte mit, „wir räumen dem Weg, über die Ausgestaltung der Ausschreibung ohne eine kapital-

Geld für Berlin

Vattenfall und Gasag dürfen Strom und Gas durch öffentliches Gelände leiten, dafür zahlen sie dem Land jährlich rund 137 Millionen Euro Abgabe für die Konzessionen. Diese laufen 2013/2014 aus. Bis Ende vergangener Woche konnten sich Interessenten für die neuen Konzessionen beim Finanzsenator melden. Zu ihnen gehören Vattenfall und Gasag sowie weitere Unternehmen. Über deren Identität schweigt die Finanzverwaltung.

mäßige Beteiligung des Landes an Einfluss und Kontrolle zu gewinnen, Priorität ein“. Zu den energiepolitischen Zielen der CDU-Fraktion gehört neben einer sicheren Versorgung unter anderem die Förderung erneuerbarer Energien, der Ausbau sogenannter intelligenter Stromnetze für dezentrale Energieerzeugung sowie die effiziente Kraft-Wärme-Kopplung. Verpflichten will die CDU den neuen Konzessionsnehmer möglichst auch auf „nachhaltige“ Investitionen, wobei regionale Firmen bevorzugt werden sollen.

Der neue Betreiber soll das Vattenfall- und Gasag-Personal übernehmen, um das Know-How für Berlin zu sichern. Auch soll sich die Firmenzentrale in Berlin befinden. Zwar fällt der Name Vattenfall in dem Fraktionspapier nicht, die Bedingungen der CDU wären von dem schwedischen Konzern mit Sitz in Berlin jedoch leicht zu erfüllen. Ein wichtiges Argument der CDU-Fraktion für ihren Anti-Verstaatlichungskurs ist, dass die

Strom- und Gasnetze bereits per Gesetz durch die Bundesnetzagentur gehörigem staatlichen Einfluss unterliegen. Tatsächlich sind die Netzmonopole stark reguliert. Die Betreiber müssen den Strom von Anbietern erneuerbarer Energien diskriminierungsfrei durchleiten, auch die Rendite für den Netzbetrieb ist mit rund neun Prozent per Gesetz fixiert.

Den Koalitionspartner SPD überzeugt das nicht. Der umweltpolitische Sprecher Daniel Buchholz betonte am Sonntag, die CDU habe sich im Koalitionsvertrag ausdrücklich dazu bekannt, dass der öffentliche Einfluss auf die Energienetze zu stärken sei und dies auch durch eine Beteiligung an den Netzen durch das Land erfolgen könne: „Das ist unsere gemeinsame Geschäftsgrundlage.“ Die Arbeitsgruppe „Daseinsvorsorge“ der SPD werde dazu bis zum Sommer „sehr konstruktive und machbare Lösungen vorgehen“, sagte Buchholz.

Die Koalitionsvereinbarung enthält aber keine verbindliche Formulierung über den Weg, wie mehr Einfluss auf die Netze gewonnen werden soll, sondern nur Kann-Bestimmungen und Prüfaufträge, also viel Raum für Streit in der Koalition. Vorsichtshalber ist die CDU-Position noch nicht in Stein gemeißelt. Wenn es „zwingende Gründe“ für eine staatliche Netzbeteiligung gebe, wolle sich die CDU-Fraktion dem nicht verschließen, heißt es. Allerdings müssten die Argumente der SPD überzeugend und die Finanzierung gesichert sein. Neue Schulden und höhere Steuern und Abgaben lehne die CDU ab.

SICHERHEIT

Videoanlagen für Grundschulen

Nach sexuellen Übergriffen auf Grundschüler hat die CDU-Fraktion auf ihrer Klausurtagung ein „Drei-Punkte-Programm“ für mehr Sicherheit in Schulgebäuden beschlossen. Vor allem sollen Außenbestände nicht mehr so einfach in Schulen hineinkommen können. Die Türen würden nach den Plänen zu Unterrichtsbeginn so verschlossen, dass sie nur von innen nach außen geöffnet werden können.

Zur Überwachung von Eingangsbereichen sollen zudem alle Schulen mit Video-Gegensprechanlagen ausgestattet werden. „Besucher können so identifiziert und gegebenenfalls eingelassen werden“, sagte Hildegard Bentele, schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. Sie forderte dazu ein Sonderprogramm des Senats. Hausmeisterassistenten sollen – nach entsprechender Qualifizierung und Sicherheitsüberprüfung – Lehrer und Erzieher bei der Aufsicht unterstützen. Das Geld dafür soll aus dem geplanten Beschäftigungsprogramm „Berlin Arbeit“ kommen. Diese Kräfte könnten eine „Bewachungserlaubnis“ erwerben, um auch im privaten Sicherheitsgewerbe arbeiten zu können. Zu Beginn jedes Schuljahres soll es nach dem Willen der CDU auch „Sicherheitsgespräche“ zwischen Schülern, Eltern, Lehrern, Sicherheitsexperten und Polizeivertretern geben. (mak)